

„Die Vereinigten Staaten von Europa wird es nicht geben“

Politologe Malang glaubt nicht, dass die EU zu einen Superstaat zusammenwächst – Bild vom deutsch-französischen Motor überholt

Von Tim Müller

Heidelberg. Thomas Malang (41; Foto: privat) ist Politologe an der Universität Konstanz. Einer seiner Forschungsschwerpunkte sind die Institutionen der Europäischen Union.



> **Herr Malang, drei Jahre Pandemie, bald fünf Monate Ukraine-Krieg und eine Klimakrise, die im Hintergrund weiter schwelt. Auf der anderen Seite eine EU, die an der Verteilung von Corona-Impfstoffen fast scheiterte, die bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland inkonsequent handelt und die sich noch immer nicht auf ein Verbrenner-Aus einigen konnte. Braucht die Europäische Union ein „Krisen-Update“?**

Nein. Bei den aktuellen Krisen, also die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg, braucht man jemand der schnell und gezielt politische Macht übernehmen und mit ihr handeln kann. Da die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aber eine solch weitreichende Kompetenz bisher nicht geben wollten, kann sie auch nicht schnell und machtvoll reagieren. Beim Klimawandel handelt sich dagegen um ein langfristiges Problem, bei dessen Lösung es oft um Abstimmungen zwischen Staaten und einem gemeinsamen Konsens geht. Das kann die EU. Meines Erachtens braucht die Euro-

päische Union kein Update, sondern EU-Kommission und Mitgliedsstaaten müssen genau schauen, welche Probleme sie gemeinsam lösen wollen und welche nicht.

> **Also hat die EU ihrer Meinung nach diese aktuellen Krisen gut bewältigt?**

Die Europäische Union hat im Bereich ihrer Möglichkeiten adäquat auf die Corona-Pandemie und auf Russlands Invasion in der Ukraine reagiert. Es war abzusehen, dass bestimmte Mitgliedsstaaten bei den Russland-Sanktionen als Vetomächte auftreten würden. Das Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik der Union räumt den EU-Ländern eben eine solch starke Position ein.

> **Immer mehr Staats- und Regierungschefs sehen dieses Einstimmigkeitsprinzip als Problem an. Halten sie eine solch tiefgreifende Umstellung für realistisch?**

Am Beginn der europäischen Integration waren fast alle Entscheidungen einstimmige Beschlüsse. Mit der Zeit verringerten sich die Politikbereiche, in denen Einstimmigkeit hergestellt werden musste, immer weiter. Es ist also durchaus möglich, auf Mehrheitsentscheidungen umzustellen.

> **Wie kann das nun im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik gelingen?**

Es wird auf jeden Fall schwerer als beispielsweise bei der europäischen Agrarpolitik in den 1960er-Jahren. Schließlich ist die Einstimmigkeit bei der Außenpolitik wohl das prominenteste Beispiel

für die Klausel. Ich denke dennoch, dass deren Abschaffung möglich ist. Ein Weg wäre den Regierungen der Mitgliedsstaaten wirtschaftliche Anreize zu schaffen, damit sie einer Reform zustimmen können. Die meisten Staats- und Regierungschefs denken in mittelfristigen Zeitspannen. Werden ihnen wirtschaftliche Vorteile für die nächsten fünf bis zehn Jahre versprochen, spielen langfristige Folgen oftmals keine große Rolle. Das liegt auch daran, dass die meisten Regierungen nur für solche Zeitspannen an der Macht sind.

> **Man erkaufte sich die Zustimmung?**

Das ist nichts Negatives. Die EU wurde aus dem Gedanken des wirtschaftlichen Nutzens geboren. Heute ist sie zwar auch eine politische Union, doch die Aussicht auf Wachstum und Wohlstand sind noch immer ausschlaggebende Gründe für Drittstaaten der Europäischen Union beizutreten.

> **Wie realistisch ist also die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips?**

Auf diese Frage ist es schwierig, eine Antwort zu geben. Meines Erachtens könnten die Staaten zustimmen, wenn ihnen wie bereits gesagt wirtschaftliche Vorteile in Aussicht gestellt werden und sie sich gleichzeitig sicher sein können, dass sie nicht die komplette Kontrolle über ihre Außenpolitik und ihr Militär verlieren.

> **Wird die EU immer enger zusammenwachsen, bis es die viel beschworenen**

„Vereinigten Staaten von Europa“ gibt? Ich denke nicht. Wahrscheinlicher ist, dass sich das Modell ‚des Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ durchsetzt. Dies bedeutet, dass die verschiedenen EU-Mitglieder unterschiedlich tiefe Kooperationen pflegen. Frei nach dem Motto: Wer mehr tun will, der tut auch mehr. De facto haben wir das bereits jetzt, wie man am Beispiel des Euros sieht. Auch bei Schengen machen nicht alle komplett mit – Irland hat Ausnahmeregelungen und auch Bulgarien oder Rumänien müssen noch Personenkontrollen an den Binnengrenzen haben.

> **Stottert der deutsch-französische Motor auf dem Weg zum Superstaat?**

Wenn Frankreich und Deutschland eine solch enge Kooperation mit machtvollen EU-Institutionen wirklich wollten, könnten sie vorausgehen. Das wollen sie aber nicht. Gerade in letzter Zeit sehen wir auch Mehrheiten jenseits der deutsch-französischen Achse um die europäische Idee voranzutreiben. Generell tue ich mir schwer mit diesem Bild des deutsch-französischen Motors. Ich halte es für überholt. Schaut man in die Vergangenheit, wird schnell klar, dass es keine gemeinsame Vision der immer tieferen europäischen Integration von deutsch-französischer Seite gab. Man reagierte auf internationale Krise und Entwicklungen mit einer tieferen europäischen Integration. Man fiel sozusagen vorwärts. Ein stringentes Programm gab es nie.